

4028 A
**Justiz-Ministerial-Blatt
für Hessen**

HESSSEN



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

73. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. August 2021

Nr. 8

Inhalt:

Runderlasse	
Nr. 10 Erlass über die Vergütungen für Tätigkeiten in der Ausbildung und bei Prüfungen im Justizbereich. RdErl. d. HMdJ v. 16.07.2021	198
Bekanntmachung des Justizministeriums	
Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, in der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2020. Bek. d. MdJ v. 24.06.2021	203
Personalnachrichten	238
Stellenausschreibungen	240

ERSTER TEIL

**Vergütungen für
Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und Arbeitsgemeinschaftsleiter,
Praktikumsleiterinnen und Praktikumsleiter sowie
Lehr- und Korrekturtätigkeiten**

§ 1

**Vergütungen für im Hauptamt nicht entlastete
Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und Arbeitsgemeinschaftsleiter**

(1) Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die als Leiterin oder Leiter einer

1. Regel- oder Klausurarbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare oder
2. Einführungsarbeitsgemeinschaft für die Ausbildung in den Pflichtausbildungsstellen „erstinstanzliche Zivilsachen“, „Strafsachen“ und „Rechtsanwalt“ nach § 29 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 des Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2004 (GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2019 (GVBl. S. 232), bestellt (Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und Arbeitsgemeinschaftsleiter) und nicht entlastet sind, erhalten für die mit dieser Tätigkeit verbundenen Aufwendungen eine Lehrvergütung von 30 Euro je Unterrichtsstunde; Regelarbeitsgemeinschaft und die ihr zugeordnete Einführungsarbeitsgemeinschaft gelten in diesem Sinn als Einheit, sofern sie von derselben Person betreut werden.

(2) Die Leiterinnen und Leiter von Klausurarbeitsgemeinschaften im Sinne des Ausbildungsplanes für die Ausbildung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in den Klausurarbeitsgemeinschaften im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die nicht entlastet sind, erhalten für jede korrigierte Klausur eine Korrekturvergütung von 10,50 Euro. Für jeden Termin kann die Korrektur von höchstens dreißig Klausuren vergütet werden.

(3) Für die Besprechung einer Klausur sind fünf Unterrichtsstunden zu vergüten. Diese Besprechungsvergütung deckt den zeitlichen Aufwand für die Vorbereitung der Besprechungsarbeitsgemeinschaft mit ab, so dass für diese Tätigkeit keine zusätzliche Vergütung gewährt werden kann.

(4) Die Lehrvergütung, die Korrekturvergütung und die Besprechungsvergütung sind jeweils nach Abschluss eines Ausbildungsabschnitts abzurechnen.

§ 2

Vergütungen für im Hauptamt nicht entlastete Praktikumsleiterinnen und Praktikumsleiter

(1) Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die mit der Leitung einer als Gruppenpraktikum stattfindenden praktischen Studienzeit für Studierende der Rechtswissenschaft beauftragt (Praktikumsleiterinnen und Praktikumsleiter) und nicht entlastet sind, erhalten für die mit dieser Tätigkeit verbundenen Aufwendungen eine Lehrvergütung von 30 Euro je Unterrichtsstunde. Die Lehrvergütung darf 300 Euro je Woche nicht übersteigen.

(2) Die Lehrvergütung ist jeweils nach Abschluss einer praktischen Studienzeit abzurechnen.

§ 3

Vergütungen für andere Lehrkräfte sowie für Korrekturassistentinnen und Korrekturassistenten

(1) Lehrkräfte, die nebenamtlich tätig werden, erhalten je Unterrichtsstunde

1. in einer Arbeitsgemeinschaft der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare 30 Euro,
2. in einer Arbeitsgemeinschaft, einem Lehrgang außerhalb der Ausbildung für den Laufbahnzweig des Rechtspflegerdienstes oder einer die Praxisausbildung begleitenden Lehrveranstaltung für Beamtinnen und Beamte in Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes 25 Euro,
3. in einer Arbeitsgemeinschaft, einem Lehrgang für Beamtinnen und Beamte oder einer die Praxisausbildung begleitenden Lehrveranstaltung in Ausbildung für die Laufbahn des mittleren Dienstes 25 Euro,
4. in der Ausbildung für Auszubildende 25 Euro.

(2) Nebenamtlich tätige Korrekturassistentinnen und Korrekturassistenten erhalten im Rahmen

1. der fachtheoretischen Studienabschnitte in der Ausbildung für den Laufbahnzweig des Rechtspflegerdienstes im gehobenen Justizdienst,
 2. des Aufbaustudiums Justizmanagement
- für jede korrigierte Aufsichtsarbeit 12 Euro.

(3) Die Vergütung ist monatlich nachträglich zu zahlen.

§ 4

Bewilligung und Buchung der Vergütungen

- (1) Für die Bewilligung und Zahlbarmachung der Vergütungen sind zuständig
1. das Oberlandesgericht für die
 - a) Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und Arbeitsgemeinschaftsleiter sowie die Praktikumsleiterinnen und Praktikumsleiter, wenn die Arbeitsgemeinschaften oder Praktika von dem für Justiz zuständigen Ministerium bei Behörden oder Gerichten außerhalb des Geschäftsbereichs eingerichtet sind, und
 - b) Lehrkräfte in Arbeitsgemeinschaften, Lehrgängen und die Praxisausbildung begleitenden Lehrveranstaltungen in der Ausbildung für die Laufbahnzweige des Justizwachtmeisterdienstes, des allgemeinen Justizdienstes und des Gerichtsvollzieherdienstes in der Laufbahn des mittleren Dienstes in der Fachrichtung Justiz,
 2. die Generalstaatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht für Lehrkräfte in Arbeitsgemeinschaften, Lehrgängen und die Praxisausbildung begleitenden Lehrveranstaltungen in der Ausbildung für den Laufbahnzweig des Amtsanwaltsdienstes in der Laufbahn des gehobenen Dienstes in der Fachrichtung Justiz,
 3. im Übrigen die Gerichte und Behörden, bei denen die Arbeitsgemeinschaften, die praktischen Studienzeiten, die Lehrgänge oder die die Praxisausbildung begleitenden Lehrveranstaltungen eingerichtet sind, oder bei denen die Ausbildung für Auszubildende durchgeführt wird.

Soweit Gerichten und Behörden Befugnisse nach Satz 1 zugewiesen sind, werden diese als Justizverwaltungsbehörden tätig.

(2) In der Bewilligung ist der Zahlungsweg (Kreditinstitut und IBAN) anzugeben. Vergütungen für die in den §§ 1 bis 3 genannten Tätigkeiten gehören zu den Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit und sind nach § 3 Nr. 26 des Einkommensteuergesetzes steuerfrei, soweit die Voraussetzungen dieser Vorschrift im Einzelfall erfüllt sind.

§ 5

Nebenberufliche Lehrkräfte

Die §§ 1, 3 und 4 gelten entsprechend für Lehrkräfte die nebenberuflich in einer Arbeitsgemeinschaft, in einem Lehrgang, einer die Praxisausbildung begleitenden Lehrveranstaltung oder in der Ausbildung für Auszubildende Unterricht erteilen.

ZWEITER TEIL

Vergütungen für die Durchführung von Staats- und Laufbahnprüfungen, Reisekostenerstattung

§ 6

Gemeinsame Vorschriften

(1) Für die Staats- und Laufbahnprüfungen im Bereich des Hessischen Ministeriums der Justiz wird eine Vergütung nach den §§ 7 und 8 gewährt. Vergütungen dafür gehören zu den Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit und sind nach § 3 Nr. 26 des Einkommensteuergesetzes steuerfrei, soweit die Voraussetzungen dieser Vorschrift im Einzelfall erfüllt sind.

(2) Neben der Vergütung nach Abs. 1 wird Reisekostenerstattung nach dem Hessischen Reisekostengesetz vom 9. Oktober 2009 (GVBl. I S. 397), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2017 (GVBl. S. 114), gewährt.

(3) Aufsichtspersonen erhalten für die Beaufsichtigung der schriftlichen Arbeiten und der Vorbereitung der Kurzvorträge eine Vergütung von 3,30 Euro je 30 Minuten. Diese Vergütung ist nach § 3 Nr. 26a des Einkommensteuergesetzes steuerfrei, soweit die Voraussetzungen dieser Vorschrift im Einzelfall erfüllt sind.

§ 7

Staatsprüfungen

(1) Die nebenamtlichen Mitglieder des Justizprüfungsamtes sowie die Leiterinnen und Leiter einer Referendararbeitsgemeinschaft oder eines Lehrgangs im Arbeitsrecht erhalten als Vergütung für die Erstellung einer Prüfungsaufgabe einschließlich des ausführlichen Lösungsvorschlags (Prüfervermerk) bei Annahme durch das Justizprüfungsamt für

- | | |
|-------------------------|-----------|
| 1. eine Aufsichtsarbeit | 400 Euro, |
| 2. einen Kurzvortrag | 120 Euro. |

(2) Die Prüferinnen und Prüfer erhalten als Vergütung

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. in der staatlichen Pflichtfachprüfung für die | |
| a) Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit | 20 Euro, |
| b) Mitwirkung in der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat | 40 Euro, |
| 2. in der zweiten juristischen Staatsprüfung für die | |
| a) Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit | 20 Euro, |
| b) Mitwirkung in der mündlichen Prüfung, einschließlich Kurzvortrag, je Kandidatin oder Kandidat | 54 Euro. |

§ 8

Laufbahnprüfungen

Die Prüferinnen und Prüfer erhalten als Vergütung

1. bei der Rechtspfleger- und Anwaltsprüfung sowie bei der Prüfung für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst
 - a) für die Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit 12 Euro,
 - b) für die Bearbeitung einer Vortragsakte in der Anwaltsprüfung 9 Euro,
 - c) für die verantwortliche Mitwirkung an der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat 12 Euro,
 - d) für den Vorsitz in der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat 15 Euro,
2. bei der Prüfung für den allgemeinen Justizdienst, den Gerichtsvollzieherdienst und den mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst
 - a) für die Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit 10 Euro,
 - b) für die verantwortliche Mitwirkung an der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat 9 Euro,
 - c) für den Vorsitz in der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat 11,25 Euro.

DRITTER TEIL
Schlussvorschriften
§ 9
Übergangsvorschrift

In den Fällen des § 8 ist die dort bestimmte Vergütung auch maßgeblich für zu vergütende Tätigkeiten, die im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 30. Juni 2021 erbracht wurden. Im Übrigen sind für die Höhe der Vergütung die Regelungen des in § 10 aufgehobenen Runderlasses weiter maßgeblich, soweit die zu vergütende Tätigkeit vor dem 1. Juli 2021 erfolgt ist.

§ 10
Aufhebung

Der Runderlass über die Entschädigungen und Vergütungen für Tätigkeiten in der Ausbildung und bei Prüfungen im Justizbereich vom 7. Juli 2020 (JMBl. S. 338) wird aufgehoben.

§ 11
Inkrafttreten

Dieser Runderlass tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

BEKANNTMACHUNG DES JUSTIZMINISTERIUMS

Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, in der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2020. Bek. d. MdJ v. 24.06.2021 (1441 - Z/A4 - 2021/12550 - Z/A2) - JMBl. S. -

(letzte Übersicht für 2019 in JMBl. 2020 S. 343)

	2018	2019	2020
Amtsgerichte			
A Zivilsachen (ohne Familiensachen)			
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten			
1. Mahnsachen	416.020	394.721	385.542
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	78.043	79.758	74.551
Erledigungen	77.514	80.585	71.553
Unerledigt am Jahresende	40.159	39.326	42.371
b) Erledigte Verfahren	77.514	80.585	71.553

aa)	Erledigte Verfahren nach der Art			
	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	11	14	8
		0,0%	0,0%	0,0%
	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	102	118	109
		0,1%	0,1%	0,2%
	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1.452	1.371	1.308
		1,9%	1,7%	1,8%
	Klageverfahren	71.719	75.509	66.864
		92,5%	93,7%	93,4%
	Klagen im Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims -	59	156	206
		0,1%	0,2%	0,3%
	sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	4.171	3.417	3.058
		5,4%	4,2%	4,3%
bb)	Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
	Nachbarschaftssachen	414	380	359
		0,5%	0,5%	0,5%
	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	5	5	6
		0,0%	0,0%	0,0%
	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	524	531	482
		0,7%	0,7%	0,7%
	Verkehrsunfallsachen	10.599	10.697	9.754
		13,7%	13,3%	13,6%
	Wohnungsmietsachen	16.920	16.664	14.174

		21,8%	20,7%	19,8%
	sonstige Mietsachen	1.737	1.444	1.414
		2,2%	1,8%	2,0%
	Kaufsachen	13.534	12.736	11.418
		17,5%	15,8%	16,0%
	Arzthaftungssachen	137	136	106
		0,2%	0,2%	0,1%
	Reisevertragssachen	8.669	15.478	13.627
		11,2%	19,2%	19,0%
	Kredit-/Leasingsachen	1.210	1.224	1.288
		1,6%	1,5%	1,8%
	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	2.399	2.033	1.886
		3,1%	2,5%	2,6%
	gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	237	162	159
		0,3%	0,2%	0,2%
	Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	2.968	2.678	2.616
		3,8%	3,3%	3,7%
	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	392	321	328
		0,5%	4,0%	0,5%
	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 bis 4 WEG	1.919	1.582	1.411
		2,5%	2,0%	2,0%
	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	86	75	63
		0,1%	0,1%	0,1%
	sonstiger Verfahrensgegenstand	15.764	14.439	12.462
		20,3%	17,9%	17,4%
3.	Verteilungsverfahren	15	18	23
4.	Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	2.548	2.026	1.901
5.	Zwangsverwaltungen	241	127	180

6.	Vollstreckungssachen	187.593	190.418	174.462
7.	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	755	705	643
II. Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichsverfahren				
1.	Anträge auf Eröffnung des			
a)	Insolvenzverfahrens (IN)	5.430	5.649	4.075
b)	Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahrens (IK)	4.882	4.398	2.930
c)	Insolvenzverfahrens nach ausländischem Recht (IE)	5	11	16
2.	Eröffnete			
a)	Insolvenzverfahren (IN)	1.993	2.025	1.736
b)	Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	4.446	4.118	2.796
c)	Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	6	6	3
d)	Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	462	391	383
III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit				
1.				
a)	Begründung und Veränderung von Eigentum, Veränderung der Berechtigung am Erbbaurecht	132.294	133.922	140.977
b)	Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	254.201	256.947	265.802
c)	Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten	4.578	5.052	5.100
2.	Landwirtschaftssachen	92	92	105
3.	Registersachen (Eintragungen am Jahresende)			
a)	eingetragene Vereine	50.541	50.891	50.993
b)	In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Europäische	35.650	36.028	36.330

	wirtschaftliche Interessenvereinigungen und Rechtsformen ausländischen Rechts (HRA)			
	Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1.722	1.675	1.643
	Gesellschaften mit beschränkter Haftung	105.075	108.588	112.834
	Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	9	9	9
	eingetragene Europäische Aktiengesellschaften (SE)	71	69	75
	eingetragene Rechtsformen ausländischen Rechts (HRB)	1.187	1.137	1.085
c)	eingetragene Genossenschaften	489	487	494
d)	Seeschiffe	236	235	235
e)	Binnenschiffe	248	251	255
4.	Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten			
a)	Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegschaften des Vormundschaftsgerichts	76	64	54
b)	Pflegschaften des Betreuungsgerichts	355	374	398
c)	Am Jahresende anhängige Betreuungen	92.166	93.375	95.204
d)	Betreuungsverfahren wurden anhängig	28.913	28.902	29.447
5.	Freiheitsentziehungen und Unterbringungs-sachen			
a)	Unterbringungssachen nach § 312 Nr. 1 bis 3 FamFG	11.297	11.861	12.410
b)	Unterbringungssachen nach § 312 Nr. 4 FamFG	8.093	9.221	10.782
c)	Freiheitsentziehungen nach § 415 Abs. 1 FamFG	1.057	1.345	826
	darunter Abschiebehaftsachen	997	1.272	717
d)	Freiheitsentziehungen und Unterbringungssachen auf Grund landesrechtlicher Vorschriften (ohne Verfahren nach § 312 Nr. 4 FamFG)	1.726	2.078	2.198

6.	Verfügungen von Todes wegen, Nachlass- und Teilungssachen			
a)	Testamentssachen (IV)	40.234	40.577	42.382
b)	Sonstige Nachlasssachen (VI)	58.294	57.624	58.577
7.	Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen			
a)	Angelegenheiten der Beratungshilfe	57.387	50.836	36.807
b)	Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	2.309	2.473	2.827
	darunter Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	5	4	7
c)	Standesamtssachen	406	386	400
IV.	Hinterlegungssachen	5.567	4.741	4.456

B Familiensachen

a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	44.399	44.053	43.432
	Erledigungen	44.348	44.508	43.793
	Unerledigt am Jahresende	31.434	30.979	30.617
b)	Erledigte Verfahren	44.348	44.508	43.793
	davon waren			
	Verfahren über abgetrennte Folgesachen	861	830	708
		1,9%	1,9%	1,6%
	Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	138	126	110
		0,3%	0,3%	0,3%
	Familien­sachen	35.073	35.317	33.895
		79,1%	79,3%	77,4%
	Einstweilige Anordnungen	8.267	8.224	9.075
		18,6%	18,5%	20,7%
c)	Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	60.854	61.026	59.629
	davon waren			
	Scheidung	13.569	13.665	13.382
		22,3%	22,4%	22,4%
	andere Ehesachen	31	29	26

	0,1%	0,0%	0,0%
elterliche Sorge	11.412	11.662	11.061
	18,8%	19,1%	18,5%
Umgangsrecht (auch nach § 165 FamFG)	4.423	4.647	4.439
	7,3%	7,6%	7,4%
Herausgabe des Kindes	331	335	357
	0,5%	0,5%	0,6%
Unterhalt für das Kind	4.004	3.797	3.480
	6,6%	6,2%	5,8%
sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	119	145	110
	0,2%	0,2%	0,2%
Unterhalt für den Ehegat- ten/Lebenspartner	2.859	2.695	2.502
	4,7%	4,4%	4,2%
Versorgungsausgleich	13.623	13.916	13.454
	22,4%	22,8%	22,6%
Ehewohnung und/oder Haus- halt	940	969	1.046
	1,5%	1,6%	1,8%
Güterrechtssachen	1.292	1.257	1.198
	2,1%	2,1%	2,0%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	3.363	3.195	3.579
	5,5%	5,2%	6,0%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	384	428	447
	0,6%	0,7%	0,7%
Unterbringungen und frei- heitsentziehende Maßnah- men nach § 1631b BGB	1.203	1.254	1.471
	2,0%	2,1%	2,5%
Unterbringung nach öffentli- chem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG	159	113	224
	0,3%	0,2%	0,4%
sonstige Kindschaftssache	385	267	243
	0,6%	0,4%	0,4%
Abstammungssache	840	901	852
	1,4%	1,5%	1,4%
Adoptionssache	900	868	902

	1,5%	1,4%	1,5%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	119	104	106
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	0,2% 627	0,2% 527	0,2% 507
weitere Familiensache	1,0% 271	0,9% 252	0,9% 243
auf ein erledigtes Verfahren entfielen an Verfahrensgegenständen im Durchschnitt	0,4% 1,37	0,4% 1,37	0,4% 1,36
d) Geschäftsanfall in Vormundschafts- und Pflegschaftsverfahren des Familiengerichts Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegschaften (und Ergänzungspflegschaften bis 2016)	8.554	8.057	7.779

C Strafsachen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	40.410	40.146	36.788
Erledigungen	40.012	40.004	36.495
Unerledigt am Jahresende	16.835	16.907	17.199
b) Erledigte Verfahren davon waren	40.012	40.004	36.495
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft			
zuungunsten des Beschuldigten	24	23	32
zugunsten des Beschuldigten	0,1% 26	0,1% 31	0,1% 25
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	0,1% 2	0,1% 0	0,1% 0
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	0,0% 0	0,0% 0	0,0% 2
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	0,0% 0	0,0% 1	0,0% 2

		0,0%	0,0%	0,0%
	in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren	3	6	20
	Anklagen	0,0%	0,0%	0,1%
		29.997	29.670	26.164
	Anträge auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren	75,0%	74,2%	71,7%
		825	561	456
	Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren	2,1%	1,4%	1,2%
		335	294	237
	Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls	0,8%	0,7%	0,6%
		141	164	137
	Einsprüche gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	0,4%	0,4%	0,4%
		8.408	8.995	9.132
	Einsprüche gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	21,0%	22,5%	25,0%
		129	159	191
	Privatklagen	0,3%	0,4%	0,5%
		71	60	47
		0,2%	0,1%	0,1%
c)	Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
	1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	38.209	38.747	40.603
	2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	6.017	6.107	6.399
	3. Sonstige richterliche Maßnahmen	46.453	50.406	57.575

D Bußgeldverfahren

a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	31.903	32.886	31.742
	Erledigungen	30.538	33.377	31.769
	Unerledigt am Jahresende	9.265	8.765	8.741
b)	Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
	1. Erzwingungshafthanträge	15.168	12.962	10.763
	2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG (Halterhaftung)	1.026	993	757

3.	Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde	383	519	462
4.	Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.532	1.557	1.163

E Rechtshilfesachen

(in der freiwilligen Gerichtsbarkeit)

Ersuchen an das Amtsgericht	2.998	2.629	2.932
Ersuchen an die Geschäftsstelle	1.477	1.521	1.577

Landgerichte

A Zivilsachen

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz

a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	27.518	29.928	30.052
	Erledigungen	25.667	29.158	27.818
	davon durch die			
	Zivilkammer	23.183	26.835	25.711
	Kammer für Handelssachen	2.472	2.316	2.103
	Kammer für Baulandsachen	12	7	4
	Entschädigungskammer	0	0	0
	Wiedergutmachungskammer	0	0	0
	Unerledigt am Jahresende	28.994	29.763	31.996
b)	Erledigte Verfahren	25.667	29.158	27.818
aa)	Erledigte Verfahren nach der Art			
	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0	2	0
		0,0%	0,0%	0,0%
	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	34	38	46
		0,1%	0,1%	0,2%
	Verfahren über vorläufige Kontenpfändung nach der VO (EU) Nr. 655/2014	---	---	2

	---	---	0,0%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1.206	1.389	1.264
	4,7%	4,8%	4,5%
Klageverfahren	23.747	27.206	26.240
	92,5%	93,3%	94,3%
sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	680	523	266
	2,6%	1,8%	1,0%
bb)			
Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Zivilkammern			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1.974	2.336	2.218
	7,7%	8,0%	8,0%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	490	464	450
	1,9%	1,6%	1,6%
Auseinandersetzungen von Gesellschaften	78	52	34
	0,3%	0,2%	0,1%
sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Auseinandersetzungen von Gesellschaften)	91	91	113
	0,4%	0,3%	0,4%
gewerblicher Rechtsschutz	667	983	634
	2,6%	3,4%	2,3%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	3.513	3.834	3.366
	13,7%	13,1%	12,1%
Verkehrsunfallsachen	2.127	2.246	2.444
	8,3%	7,7%	8,8%
Kaufsachen	2.349	4.148	2.827
	9,2%	14,2%	10,2%
Arzthaftungssachen	718	649	709
	2,8%	2,2%	2,5%
Reisevertragssachen	158	172	300
	0,6%	0,6%	1,1%

Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	170	209	204
	0,7%	0,7%	0,7%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	9	5	3
	0,0%	0,0%	0,0%
Kapitalanlagesachen	1.444	1.007	580
	5,6%	3,5%	2,1%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	1.041	1.140	1.444
	4,1%	3,9%	5,2%
technische Schutzrechte	21	16	8
	0,1%	0,1%	0,0%
Kartellsachen	15	25	10
	0,1%	0,1%	0,0%
sonstiger Verfahrensgegenstand	8.318	9.456	10.366
	32,4%	32,4%	37,3%
Kammern für Handelssachen			
Handelsvertretersachen	65	50	31
	0,3%	0,2%	0,1%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	206	190	159
	0,8%	0,7%	0,6%
Bausachen	167	171	135
	0,7%	0,6%	0,5%
Markensachen	66	56	43
	0,3%	0,2%	0,2%
Wettbewerbssachen	580	595	494
	2,3%	2,0%	1,8%
Kartellsachen	3	11	11
	0,0%	0,0%	0,0%
Verfahren nach dem SpruchG	137	49	84
	0,5%	0,2%	0,3%
sonstiger Verfahrensgegenstand	1.248	1.194	1.146
	4,9%	4,1%	4,1%

c)	Erledigungen der Zivilkammern	23.183	26.835	25.711
	davon waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig			
	bei dem Einzelrichter	20.780	23.835	22.862
		89,6%	88,8%	88,9%
	bei der Kammer	2.403	3.000	2.849
		10,4%	11,2%	11,1%
II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz				
a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	3.825	3.548	3.097
	Erledigungen	3.820	3.689	3.200
	davon durch die			
	Zivilkammer	3.807	3.683	3.192
	Kammer für Handelssachen	13	6	8
	Unerledigt am Jahresende	2.442	2.301	2.198
b)	Erledigte Verfahren	3.820	3.689	3.200
	davon waren			
	aa)			
	Erledigte Verfahren nach der Art			
	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	1	2	2
		0,0%	0,1%	0,1%
	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	35	24	33
		0,9%	0,7%	1,0%
	Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	10	12	7
		0,3%	0,3%	0,2%
	Berufungsverfahren	3.744	3.621	3.137
		98,0%	98,2%	98,0%
	sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehö- rende Verfahren	30	30	21
		0,8%	0,8%	0,7%
	bb)			
	Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
	Zivilkammern			
	Wohnungsmietsachen	684	676	680

	17,9%	18,3%	21,3%
sonstige Mietsachen	62	72	84
	1,6%	2,0%	2,6%
Ansprüche aus Versicherungs- verträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	79	137	114
	2,1%	3,7%	3,6%
Verkehrsunfallsachen	506	565	485
	13,2%	15,3%	15,2%
Kaufsachen	178	155	142
	4,7%	4,2%	4,4%
Arzthaftungssachen	16	34	22
	0,4%	0,9%	0,7%
Nachbarschaftssachen	22	24	20
	0,6%	0,7%	0,6%
Reisevertragssachen	374	328	188
	9,8%	8,9%	5,9%
Kredit-/Leasingsachen	34	39	27
	0,9%	1,1%	0,8%
Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	3	3	2
	0,1%	0,1%	0,1%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsa- chen)	27	39	37
	0,7%	1,1%	1,2%
gesellschaftsrechtliche Strei- tigkeiten	0	2	1
	0,0%	0,1%	0,0%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperver- letzung	4	2	3
	0,1%	0,1%	0,1%
Honorarforderungen von Per- sonen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	52	47	37
	1,4%	1,3%	1,2%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 bis 4 WEG	331	237	190
	8,7%	6,4%	5,9%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	4	2	4
	0,1%	0,1%	0,1%
sonstiger Verfahrensgegen- stand	1.431	1.321	1.156
	37,5%	35,8%	36,1%

Kammern für Handelssachen

Handelsvertretersachen	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	1	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Bausachen	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
sonstiger Verfahrensgegenstand	12	6	8
	0,3%	0,2%	0,3%

III. Beschwerden

Eingänge	5.674	5.416	5.018
----------	-------	-------	-------

B Strafsachen**I. Strafsachen in erster Instanz**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.090	1.184	1.220
Erledigungen	1.053	1.154	1.121
Unerledigt am Jahresende	825	856	955
b) Erledigte Verfahren	1.053	1.154	1.220
darunter waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	9	11	21
	0,9%	1,0%	1,9%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	45	26	47
	4,3%	2,3%	4,2%
Anklagen	834	935	860
	79,2%	81,0%	76,7%
Vorlagen oder Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	77	102	85
	7,3%	8,8%	7,6%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	83	72	96
	7,9%	6,2%	8,6%

II. Strafsachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.652	2.624	2.263
Erledigungen	2.664	2.650	2.247
Unerledigt am Jahresende	1.208	1.182	1.199
b) Erledigte Verfahren	2.664	2.650	2.247

davon waren			
Berufungen in Privatklageverfahren	1	3	4
	0,0%	0,1%	0,2%
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	6	5	8
	0,2%	0,2%	0,4%
durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	21	21	20
	0,8%	0,8%	0,9%
Berufungen in Officialverfahren	2.403	2.419	1.993
	90,2%	91,3%	88,7%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	233	202	222
	8,7%	7,6%	9,9%
III. Beschwerden in Strafsachen			
Eingänge	2.534	2.553	2.594
IV. Strafvollstreckungssachen			
1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	6.350	5.868	5.757
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	848	816	904

Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft Frankfurt am Main

A Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

I.	Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen) Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	182.898	188.441	186.976
	Erledigungen	180.871	184.521	188.271
	Unerledigt am Jahresende	39.364	43.348	41.684
II.	Anzeigen gegen unbekannte Täter	81.013	78.701	84.707
III.	Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	596	528	1.295

B Geschäfte der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte

I.	Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen) Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	199.993	202.530	200.682
	Erledigungen	200.880	203.054	202.263
	Unerledigt am Jahresende	32.471	31.708	30.111
II.	Anzeigen gegen unbekannte Täter	121.720	115.744	117.041
III.	Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	32.148	33.329	30.816

C Strafvollstreckung

I.	Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	63.030	65.300	59.629
II.	Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe			
1.	Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	1.296	1.419	1.319
2.	Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde	50.113	59.140	53.101

D Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften

Gnadensachen	219	211	220
Entschädigungssachen nach dem StrEG	56	66	38
Rechtshilfesachen einschl. Auslieferungssachen	6.178	6.492	5.550

Oberlandesgericht

A Zivilsachen (ohne Familiensachen)

I.	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz			
a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	4.906	7.615	6.393
	Erledigungen	4.940	6.051	6.876
	Unerledigt am Jahresende	4.869	6.433	5.949
b)	Erledigte Verfahren	4.940	6.051	6.876
aa)	Erledigte Verfahren nach der Art			
	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	2	1	0

	0,0%	0,0%	0,0%
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	4	2	1
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	0,1%	0,0%	0,0%
	76	67	64
Berufungsverfahren	1,5%	1,1%	0,9%
	4.801	5.964	6.795
sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	97,2%	98,6%	98,8%
	57	17	16
	1,2%	0,3%	0,2%
bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	353	337	296
	7,1%	5,6%	4,3%
Arzthaftungssachen	178	212	203
	3,6%	3,5%	3,0%
Auseinandersetzung von Gesellschaften	39	27	26
	0,8%	0,4%	0,4%
Verkehrsunfallsachen	310	356	323
	6,3%	5,9%	4,7%
Kaufsachen	503	1.504	1.159
	10,2%	24,9%	16,9%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	58	44	43
	1,2%	0,7%	0,6%
Reisevertragssachen	24	23	14
	0,5%	0,4%	0,2%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	1.156	738	592
	23,4%	12,2%	8,6%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	119	124	95
	2,4%	2,0%	1,4%

gewerblicher Rechtsschutz	166	165	144
	3,4%	2,7%	2,1%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	76	85	113
	1,5%	1,4%	1,6%
Entschädigungssachen nach dem BEG	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	1	2	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Kapitalanlagesachen	257	260	147
	5,2%	4,3%	2,1%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	376	326	325
	7,6%	5,4%	4,7%
technische Schutzrechte	6	3	2
	0,1%	0,0%	0,0%
Kartellsachen	10	14	8
	0,2%	0,2%	0,1%
Vergabesachen	6	5	3
	0,1%	0,1%	0,0%
sonstiger Verfahrensgegenstand	1.302	1.826	3.383
	26,4%	30,2%	49,2%
II. Beschwerden			
Eingänge	2.210	2.070	2.008
B Familiensachen			
I. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.831	2.036	1.814
Erledigungen	1.810	2.112	1.841
Unerledigt am Jahresende	1.221	1.147	1.120
b) Erledigte Verfahren			
davon waren			
Lebenspartnerschaftssachen	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Familiensachen	1.535	1.841	1.603
	84,8%	87,2%	87,1%

	Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren	275 15,2%	271 12,8%	238 12,9%
c)	Mit den erledigten Verfahren waren an Ver- fahrensgegenständen insgesamt anhängig davon betrafen	1.952	2.263	1.939
	Scheidung	139 7,1%	140 6,2%	88 4,5%
	andere Ehesachen	15 0,8%	3 0,1%	1 0,1%
	elterliche Sorge	475 24,3%	573 25,3%	526 27,1%
	Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	179 9,2%	216 9,5%	206 10,6%
	Herausgabe des Kindes	22 1,1%	25 1,1%	20 1,0%
	Unterhalt für das Kind	249 12,8%	231 10,2%	207 10,7%
	sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	3 0,2%	5 0,2%	4 0,2%
	Unterhalt für den Ehegat- ten/Lebenspartner	183 9,4%	175 7,7%	157 8,1%
	Versorgungsausgleich	352 18,0%	545 24,1%	449 23,2%
	Ehewohnung und/oder Haus- rat	34 1,7%	32 1,4%	36 1,9%
	Güterrechtssachen	70 3,6%	76 3,4%	57 2,9%
	Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	81 4,1%	69 3,0%	53 2,7%
	Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	9 0,5%	11 0,5%	11 0,6%
	Unterbringungen und frei- heitsentziehende Maßnah- men nach § 1631b BGB	24 1,2%	28 1,2%	12 0,6%
	Unterbringung nach öffentli- chem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG	8 0,4%	4 0,2%	6 0,3%

sonstige Kindschaftssache	6	4	4
	0,3%	0,2%	0,2%
Abstammungssache	11	19	14
	0,6%	0,8%	0,7%
Adoptionssache	12	14	11
	0,6%	0,6%	0,6%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	44	57	43
	2,3%	2,5%	2,2%
weitere Familiensache	36	36	34
	1,8%	1,6%	1,8%
II. Sonstige Beschwerden in Familiensachen			
Eingänge	1.698	1.635	1.611
C Strafsachen			
I. Strafsachen in erster Instanz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	6	2	8
Erledigungen	3	4	6
Unerledigt am Jahresende	14	12	14
II. Strafsachen in der Revisionsinstanz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	363	374	307
Erledigungen	403	368	329
Unerledigt am Jahresende	64	70	48
III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren			
Beschwerden in Strafsachen	1.213	1.138	1.005
Anträge auf Haftentscheidung nach §§ 121 ff. StPO	367	414	508
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO	171	160	157
Auslieferungsverfahren	286	294	339
Verfahren nach § 23 EGGVG	21	25	26
Anträge nach § 51 RVG	37	40	14
D Bußgeldverfahren			
I.			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.177	1.571	1.467
Erledigungen	1.210	1.317	1.733
Unerledigt am Jahresende	203	457	182
b) Erledigte Verfahren	1.210	1.317	1.733

davon waren

Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil	542	652	812
	44,8%	49,5%	46,9%
Rechtsbeschwerden gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde nach § 80 Abs. 1 OWiG	668	665	921
	55,2%	50,5%	53,1%

II. Sonstiger Geschäftsanfall

Einsprüche nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	0	0	0
------------------------------------------------------------	---	---	---

Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht

A Ermittlungsverfahren

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	34	24	39
Erledigungen	57	25	36
Unerledigt am Jahresende	46	45	48

B Andere Geschäfte

Revisionen	397	415	345
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	1.231	1.580	1.494
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	1.257	1.143	1.074
Beschwerden gegen Staats-/Anwälte (Zs)	2.689	2.510	2.676
Haftprüfungsverfahren	406	439	582
Aus- und Durchlieferungssachen	389	380	406
Berufsgerichtliche Verfahren	491	533	523
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	219	262	245
Entschädigungssachen nach dem StrEG	174	177	162
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	758	693	668
Kartellbußgeldsachen	10	12	17

Verwaltungsgerichte

A Hauptverfahren

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	13.253	11.576	9.720
darunter Asylsachen	8.596	6.641	4.541
Erledigungen	15.639	14.850	12.925
darunter Asylsachen	11.196	10.206	8.030
Unerledigt am Jahresende	29.715	26.505	23.346

	darunter Asylsachen	23.383	19.847	16.369
b)	Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	15.639	14.850	12.925
	davon entfielen auf die Sachgebiete			
	Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	79	42	71
		0,5%	0,3%	0,5%
	Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	328	365	459
		2,1%	2,5%	3,6%
	Numerus-clausus-Verfahren	60	42	20
		0,4%	0,3%	0,2%
	Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	431	397	470
		2,8%	2,7%	3,6%
	Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	670	768	797
		4,3%	5,2%	6,2%
	Ausländerrecht	789	1.030	852
		5,0%	6,9%	6,6%
	Asylrecht - Hauptsacheverfahren (ab 1.1.2018: Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	8.886	8.200	6.745
		56,8%	55,2%	52,2%
	Asylrecht - Eilverfahren	0	0	0
		0,0%	0,0%	0,0%
	Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG) - ab 1.1.2018	1.564	1.293	893
		10,0%	8,7%	6,9%
	Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	746	713	392
		4,8%	4,8%	3,0%
	Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	277	310	278
		1,8%	2,1%	2,2%
	Umweltrecht	181	168	166
		1,2%	1,1%	1,3%

Abgabenrecht - ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskam- mern, Steuerberaterkam- mern, Handwerkskammern und andere Zusammen- schlüsse wirtschaftl. und be- rufsständischer Vereinigun- gen - ohne hochschulrechtliche Abgaben - ohne Sondernutzungsge- bühr	570	352	459
	3,6%	2,4%	3,6%
Vermögens- und SED-Reha- bilitierungsrecht	1	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%
Recht des öffentlichen Diens- tes	565	562	673
	3,6%	3,8%	5,2%
Disziplinarrecht/Berufsgericht- liche Verfahren	45	68	57
	0,3%	0,5%	0,4%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kinder- gartenrecht, Kriegsfolgen- recht	390	458	485
	2,5%	3,1%	3,8%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	1	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	56	82	107
	0,4%	0,6%	0,8%

B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren

I. Verfahren zur Gewährung von vorläufi- gem Rechtsschutz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	6.078	5.061	4.151
darunter Asylsachen	3.302	2.614	1.576
darunter NC-Verfahren	952	561	515
Erledigungen	6.635	5.484	4.223
darunter Asylsachen	3.726	2.762	1.629
darunter NC-Verfahren	1.147	748	536
Unerledigt am Jahresende	1.247	849	780
darunter Asylsachen	318	173	119
darunter NC-Verfahren	400	231	210

b)	Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	6.635	5.484	4.223
	davon entfielen auf die Sachgebiete			
	Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	41	45	36
		0,6%	0,8%	0,9%
	Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	115	157	146
		1,7%	2,9%	3,5%
	Numerus-clausus-Verfahren	1.147	748	536
		17,3%	13,6%	12,7%
	Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	79	76	121
		1,2%	1,4%	2,9%
	Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	360	379	479
		5,4%	6,9%	11,3%
	Ausländerrecht	576	618	550
		8,7%	11,3%	13,0%
	Asylrecht - Hauptsacheverfahren	0	0	0
		0,0%	0,0%	0,0%
	Asylrecht - Eilverfahren (ab 1.1.2018: Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	1.103	819	583
		16,6%	14,9%	13,8%
	Asylrecht - Eilverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG) - ab 1.1.2018	2.055	1.434	724
		31,0%	26,1%	17,1%
	Asylrecht - Eilverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	568	509	322
		8,6%	9,3%	7,6%
	Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	118	111	123
		1,8%	2,0%	2,9%
	Umweltrecht	53	45	42

	0,8%	0,8%	1,0%
Abgabenrecht	58	81	52
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskam- mern, Steuerberaterkam- mern, Handwerkskammern und andere Zusammen- schlüsse wirtschaftl. und be- rufsständischer Vereinigun- gen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsge- bühr			
	0,9%	1,5%	1,2%
Recht des öffentlichen Diens- tes	187	260	264
	2,8%	4,7%	6,3%
Disziplinarrecht/Berufsgericht- liche Verfahren	8	11	13
	0,1%	0,2%	0,3%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kinder- gartenrecht, Kriegsfolgen- recht	138	133	162
	2,1%	2,4%	3,8%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	29	58	69
	0,4%	1,1%	1,6%
II. Vollstreckungsverfahren	114	77	128
III. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Ge- richt anhängigen Verfahrens	259	273	267

Hessischer Verwaltungsgerichtshof

A Hauptverfahren in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	59	52	134
Erledigungen	65	53	74
Unerledigt am Jahresende	105	98	156

B Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen

a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	1.957	2.897	1.980
	darunter Asylsachen	1.317	1.540	1.389
	Erledigungen	1.165	1.574	1.645
	darunter Asylsachen	728	830	1.101
	Unerledigt am Jahresende	1.734	3.056	3.392
	darunter Asylsachen	911	1.623	1.912
b)	Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	1.165	1.574	1.645
	davon entfielen auf die Sachgebiete			
	Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	16	16	4
		1,4%	1,0%	0,2%
	Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	53	35	43
		4,5%	2,2%	2,6%
	Numerus-clausus-Verfahren	1	5	1
		0,1%	0,3%	0,1%
	Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	29	50	89
		2,5%	3,2%	5,4%
	Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	42	47	72
		3,6%	3,0%	4,4%
	Ausländerrecht	51	27	35
		4,4%	1,7%	2,1%
	Asylrecht - Hauptsacheverfahren (ab 1.1.2018: Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	722	824	1083
		62,0%	52,4%	65,8%
	Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG) - ab 1.1.2018	3	2	7
		0,3%	0,1%	0,4%
	Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	3	4	11
		0,3%	0,3%	0,7%

Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	46	54	52
	3,9%	3,4%	3,2%
Umweltrecht	22	31	42
	1,9%	2,0%	2,6%
Abgabenrecht	39	91	47
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsgebühr			
	3,3%	5,8%	2,9%
Recht des öffentlichen Dienstes	73	61	95
	6,3%	3,9%	5,8%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	4	10	10
	0,3%	0,6%	0,6%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	32	45	30
	2,7%	2,9%	1,8%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	29	272	24
	2,5%	17,3%	1,5%

C Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren

I. Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	533	581	752
	Erledigungen	544	568	702

	Unerledigt am Jahresende	164	174	224
b)	Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	544	568	702
	davon entfielen auf die Sachgebiete			
	Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	14	16	13
		2,6%	2,8%	1,9%
	Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	17	26	38
		3,1%	4,6%	5,4%
	Numerus-clausus-Verfahren	93	84	25
		17,1%	14,8%	3,6%
	Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	49	25	36
		9,0%	4,4%	5,1%
	Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	97	97	219
		17,8%	17,1%	31,2%
	Ausländerrecht	125	159	151
		23,0%	28,0%	21,5%
	Asylrecht - Eilverfahren (ab 1.1.2018: nur Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	8	14	11
		1,5%	2,5%	1,6%
	Asylrecht - Eilverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG) - ab 1.1.2018	0	0	1
		0,0%	0,0%	0,1%
	Asylrecht - Eilverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	1	0	0
		0,2%	0,0%	0,0%
	Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	36	44	55
		6,6%	7,7%	7,8%
	Umweltrecht	16	18	18
		2,9%	3,2%	2,6%

Abgabenrecht	19	9	21
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskam- mern, Steuerberaterkam- mern, Handwerkskammern und andere Zusammen- schlüsse wirtschaftl. und be- rufsständischer Vereinigun- gen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsge- bühr			
	3,5%	1,6%	3,0%
Recht des öffentlichen Diens- tes	45	50	61
	8,3%	8,8%	8,7%
Disziplinarrecht/Berufsgericht- liche Verfahren	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kinder- gartenrecht, Kriegsfolgen- recht	18	20	37
	3,3%	3,5%	5,3%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	7	6	16
	1,3%	1,1%	2,3%
II. Sonstige Beschwerden	282	309	353

Hessisches Finanzgericht

A Klagen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.677	1.665	1.497
Erledigungen	1.880	1.825	1.689
Unerledigt am Jahresende	2.134	1.975	1.784
b) Gegenstände der erledigten Verfahren davon entfielen auf die Sachgebiete	2.332	2.258	2.142
Gewinneinkünfte	321	286	306

	13,8%	12,7%	14,3%
Überschusseinkünfte	242	208	216
	10,4%	9,2%	10,1%
Sonstige Steuern von Einkommen einschließlich nicht-einkunfts- artspezifische Streitpunkte	126	107	146
	5,4%	4,7%	6,8%
Steuern von Einkommen, die (noch) nicht den Sachgebieten Gewinn- und Überschusseinkünfte und sonstige Steuern von Einkommen zugeordnet werden konnten	5	5	13
	0,2%	0,2%	0,6%
Körperschaftssteuer	89	89	88
	3,8%	3,9%	4,1%
Objektbezogene Steuern	221	203	185
	9,5%	9,0%	8,6%
Verkehrssteuer	280	301	318
	12,0%	13,3%	14,8%
Verbrauchssteuer sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	55	44	16
	2,4%	1,9%	0,7%
Kindergeld nach EStG einschließlich Rückforderungen, Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)	487	557	412
	20,9%	24,7%	19,2%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	260	231	232
	11,1%	10,2%	10,8%
Steuern von Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO-/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	245	227	210
	10,5%	10,1%	9,8%
Vollschätzfälle	1	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%

B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	279	337	291
	Erledigungen	297	343	292
	Unerledigt am Jahresende	105	99	98
b)	Erledigte Verfahren	297	343	292
	davon waren			
	Anträge auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	274	319	263
		92,3%	93,0%	90,1%
	Anträge auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 114 FGO	23	24	29
		7,7%	7,0%	9,9%

C Sonstige Verfahren

	Kostensachen	35	51	64
	Sonstige selbständige Verfahren	7	5	4

Arbeitsgerichte

A Urteils- und Beschlussverfahren (Normalverfahren)

	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	27.271	28.752	29.722
	Erledigungen	26.681	27.366	29.031
	Unerledigt am Jahresende	8.632	10.083	10.805
	davon waren			
1.	Normalklagen			
	Eingänge	25.758	27.465	28.546
	Erledigungen	25.134	26.035	27.830
	Unerledigt am Jahresende	8.107	9.604	10.350
2.	Beschlussverfahren			
	Eingänge	1.513	1.287	1.176
	Erledigungen	1.547	1.331	1.201
	Unerledigt am Jahresende	525	479	455

B Sozialkassenklagen

	Eingänge	7.164	4.295	4.682
	Erledigungen	9.707	5.287	4.406
	Unerledigt am Jahresende	3.208	2.225	2.493

C Eingänge Mahnverfahren

	davon waren			
1.	Normalverfahren	1.644	1.688	1.517
2.	Sozialkassenverfahren	28.643	13.167	16.013

Hessisches Landesarbeitsgericht

A Berufungen und Beschwerdeverfahren in Beschlusssachen

nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.969	1.787	1.794
Erledigungen	1.879	1.885	1.653
Unerledigt am Jahresende	1.591	1.495	1.636

davon waren

1.	Berufungen			
	Eingänge	1.728	1.600	1.600
	Erledigungen	1.622	1.673	1.483
	Unerledigt am Jahresende	1.465	1.394	1.510
2.	Beschwerdeverfahren in Beschlusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG			
	Eingänge	241	187	194
	Erledigungen	257	212	170
	Unerledigt am Jahresende	126	101	126

B Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	439	506	404
Erledigungen	439	423	498
Unerledigt am Jahresende	150	233	139

Sozialgerichte

A Einstweiliger Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	2.195	2.279	1.930
Erledigungen	2.205	2.281	1.973
Unerledigt am Jahresende	264	263	223

B Klageverfahren

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	25.684	24.556	21.315
Erledigungen	20.313	23.521	21.785
Unerledigt am Jahresende	34.807	35.845	35.384

b)	Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet Krankenversicherung ab 1.1.2018 ohne Ver- fahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebs- prüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	20.313 4.236	23.521 8.775	21.785 8.427
----	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------	-----------------	-----------------

	20,9%	37,3%	38,7%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	725	583	582
	3,6%	2,5%	2,7%
Pflegeversicherung	485	465	548
	2,4%	2,0%	2,5%
Unfallversicherung	1.138	1.005	1.034
	5,6%	4,3%	4,7%
Rentenversicherung ab 1.1.2018 ohne Ver- fahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebs- prüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	2.934	2.681	2.390
	14,4%	11,4%	11,0%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Ar- beit	1.483	1.493	1.148
	7,3%	6,3%	5,3%
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6a und 6b BKG	5.196	4.432	3.936
	25,6%	18,8%	18,1%
Angelegenheiten nach dem SGB XII und bis 2017 nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	952	881	708
	4,7%	3,7%	3,2%
Ab 2018 Angelegenheiten nach dem Asylbe- werberleistungsgesetz	61	65	180
	0,3%	0,3%	0,8%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	173	137	99
	0,9%	0,6%	0,5%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	2.657	2.720	2.458
	13,1%	11,6%	11,3%
Sonstiges	183	169	152
	0,9%	0,7%	0,7%
Verfahren nach § 7a SGB IV sowie Betriebs- prüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	90	115	123
	0,4%	0,5%	0,6%

Hessisches Landessozialgericht

A Erstinstanzliche Klagen

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	7	4	7
Erledigungen	8	5	4
Unerledigt am Jahresende	6	3	6

B Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	4	0	6
Erledigungen	2	0	6
Unerledigt am Jahresende	0	0	0

**C Verfahren zur Gewährung von einstweiligem
Rechtsschutz
nach § 29 SGG**

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	10	9	19
Erledigungen	13	8	13
Unerledigt am Jahresende	1	2	8

D Normenkontrollverfahren

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1	0	1
Erledigungen	0	1	0
Unerledigt am Jahresende	1	0	1

E Berufungsverfahren

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.924	1.646	1.619
Erledigungen	1.626	1.675	1.650
Unerledigt am Jahresende	2.204	2.177	2.145

b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	1.626	1.675	1.650
Krankenversicherung ab 1.1.2018 ohne Ver- fahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebs- prüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	335	469	359
	20,6%	28,0%	21,8%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	44	37	59
	2,7%	2,2%	3,6%
Pflegeversicherung	45	32	27
	2,8%	1,9%	1,6%
Unfallversicherung	194	188	224
	11,9%	11,2%	13,6%
Rentenversicherung ab 1.1.2018 ohne Ver- fahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebs- prüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	367	279	261
	22,6%	16,7%	15,8%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Ar- beit	75	92	65
	4,6%	5,5%	3,9%
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6a und 6b BKG	288	262	283
	17,7%	15,6%	17,2%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und bis 2017 nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	62	113	127
	3,8%	6,7%	7,7%

Ab 2018 Angelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	2	1	7
	0,1%	0,1%	0,4%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	36	22	28
	2,2%	1,3%	1,7%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	145	143	134
	8,9%	8,5%	8,1%
Sonstiges	16	24	32
	1,0%	1,4%	1,9%
Verfahren nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	17	13	44
	1,0%	0,8%	2,7%

F Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	332	344	309
Erledigungen	329	342	314
Unerledigt am Jahresende	45	47	42

G Sonstige Beschwerden ohne Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	499	434	445
Erledigungen	547	480	378
Unerledigt am Jahresende	175	129	197

PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

Landgerichte

Ernannt wurde

zur Vorsitzenden Richterin
am Landgericht:

Richterin am Landgericht Tanja Schmidt
in Limburg a. d. Lahn

zum Vorsitzenden Richter
am Landgericht:

Richter am Landgericht Florian Becht
in Limburg a. d. Lahn

zur Richterin
am Landgericht:

Richterin auf Probe Dr. Martha Schlenk
in Frankfurt am Main
unter Berufung in das Richterverhältnis auf
Lebenszeit

Ausgeschieden ist
wegen Ruhestand:

Richter am Landgericht Karl Klamp
in Limburg an der Lahn

Staatsanwaltschaften

Ernannt wurde
zum Staatsanwalt:

Richter auf Probe Dr. Sebastian Müller
in Darmstadt
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit

Amtsgerichte

Ernannt wurde
zum Direktor des Amtsgerichts:

Richter am Amtsgericht als der ständige
Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors
Philipp Müller in Dieburg

zum Richter am Amtsgericht als
der ständige Vertreter einer Di-
rektorin oder eines Direktors:

Richter am Amtsgericht Johannes Landau
in Dillenburg

zur Richterin am Amtsgericht:

- Richterin kraft Auftrags Christina Dern
in Bad Hersfeld
 - Richterin auf Probe
Anna Barbara Slobodzianek
in Frankfurt am Main
 - Richterin auf Probe Judith Schlootz
in Hanau
- alle unter Berufung in das Richterverhältnis
auf Lebenszeit

zum Richter am Amtsgericht:

Richter auf Probe Michael Jäger
in Limburg
unter Berufung in das Richterverhältnis auf
Lebenszeit

Ausgeschieden ist
wegen Ruhestand:

Direktor des Amtsgerichts a. D.
Richter am Amtsgericht Harald Jungkurth
in Bad Hersfeld

Hessisches Landesarbeitsgericht

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Vorsitzende Richterin am
Landesarbeitsgericht
Astrid Paki
in Frankfurt am Main

Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel

Ernannt wurde

zur Regierungsoberrätin:

Regierungsrätin Kerstin Koke

Versetzt wurde

von der IT-Stelle der hessischen
Justiz

an das Landgericht Hanau:

Obersekretär im JWD Andreas Schmied

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Regierungsoberrat Hans-Dieter Amthor
Oberamtsrat Matthias Gesang

Notarinnen und Notare

Ausgeschieden ist

aufgrund des Erreichens
der Altersgrenze:

- Notar Helmut Werner Lattermann, Wetzlar,
mit Ablauf des 31.07.2021,
- Notar Dr. Reinhardt Kuznik, Darmstadt,
mit Ablauf des 31.08.2021

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

Ordentliche Gerichtsbarkeit

1. eine Richterin oder ein Richter am Oberlandesgericht (R 2)
bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom
1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.2)
auszurichten.

2. eine Richterin oder ein Richter am Oberlandesgericht (R 2)
bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.2) auszurichten.
3. eine Richterin oder ein Richter am Oberlandesgericht (R 2)
bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.2) auszurichten.
4. eine Richterin am Amtsgericht als die ständige Vertreterin einer Direktorin oder eines Direktors oder einen Richter am Amtsgericht als der ständige Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors (R 2)
bei dem Amtsgericht Rüsselsheim
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.5) auszurichten.
5. eine Richterin am Amtsgericht als die ständige Vertreterin einer Direktorin oder eines Direktors oder einen Richter am Amtsgericht als der ständige Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors (R 2)
bei dem Amtsgericht Groß-Gerau
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.5) auszurichten.

Staatsanwaltschaften

6. eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft (R 2)
bei der Staatsanwaltschaft Hanau
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.7.) auszurichten.
7. eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft (R 2)
bei der Staatsanwaltschaft Gießen
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1 Nr. 2.7.) auszurichten.

Sozialgerichtsbarkeit

8. eine Richterin oder einen Richter am Hessischen Landessozialgericht (R 2) bei dem Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.2) auszurichten.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind binnen **drei Wochen** auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden zu richten.

Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils:
Leitende Ministerialrätin Zubrod, Hessisches Ministerium der Justiz, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden
Die Buchbesprechungen stehen unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin oder des Verfassers.

ISSN 0022-7064

Kontakt/Abonnement:

Frau Paulmichl, Tel. (0611) 32 14 27 28, Fax (0611) 32 14 27 63, jmb1@hmdj.hessen.de

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz zu richten. Der jährliche Bezugspreis in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. **Abonnementkündigungen** können nur **zum 31. Dezember eines Kalenderjahres** vorgenommen werden. **Einzelstücke** sind bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder, für Abonnenten, bei dem Hessischen Ministerium der Justiz erhältlich. Preis dieser Nummer: ... Euro. **Einbanddecken** können kostenpflichtig bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder der Justizvollzugsanstalt Kassel I - Buchbinderei -, Theodor-Fliedner-Straße 12, 34121 Kassel, bestellt werden.

Datenschutzhinweise:

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Bestellung von Abonnements und Einzelstücken ist das Hessische Ministerium der Justiz. Die mitgeteilten personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der postalischen Zusendung der bestellten JMBL.-Ausgaben und der entsprechenden Rechnungen gespeichert und verarbeitet. Zugriff zu den Daten ist nur den dafür zuständigen Beschäftigten eingeräumt. Bei Abonnements erfolgt eine Weitergabe der Daten zum Zweck des Versands an den Verlag Chmielorz GmbH, Wiesbaden, der als Dienstleister im Auftrag und nach den Vorgaben des Hessischen Ministeriums der Justiz tätig wird.

Bei Kündigung eines Abonnements werden die dazu gespeicherten Daten drei Jahre nach Zahlung der letzten Jahresbezugsgebühr, bei Einzelbestellungen drei Jahre nach Zahlung des Bezugspreises gelöscht.

Betroffene können vom Hessischen Ministerium der Justiz Auskunft über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Sie können sich an den Datenschutzbeauftragten wenden (Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de). Weitere Hinweise zum Datenschutz sind ersichtlich auf der Internet-Seite des Hessischen Ministeriums der Justiz unter www.justizministerium.hessen.de.

Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.